



## Wie hab' ich es erlebt ...?

Ein Rückblick von Martin Schilff, Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

**B**ereits vor dem November 1989 war bei der ehemaligen Abteilung des Bundesgrenzschutzes (BGS) in Goslar nichts mehr so wie zuvor.

Zahlreiche Bürger der DDR reisten mit wenigen Habseligkeiten über Ungarn oder andere Staaten aus und kamen nach Westdeutschland. Die dafür vorgesehenen Grenzdurchgangslager wie Friedland oder Bramsche waren völlig überfüllt. So wurden auch in der Sporthalle der BGS-Abteilung der Kaiserstadt am Harz zahlreiche Familien oder Einzelreisende untergebracht, durch die Standortküche versorgt, medizinisch durch die Krankenabteilung und ansonsten durch BGS-Angehörige betreut.

Am 9. November 1989 brachen dann alle Dämme. Durch die Bekanntgabe der Grenzöffnung ging es auch in dem Grenzgebiet, für den der Goslarer BGS zuständig war, drunter und drüber. So errichtete z. B. noch in der Nacht der Technische Zug gemeinsam mit Pionieren der Grenztruppen eine Behelfsbrücke zwischen Eckertal und Stapelburg, über die sich nicht nur die Bürger der beiden durch die Grenze getrennten Ortschaften treffen konnten, sondern auch der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht sich noch spät abends auf den Weg in das auf DDR-Gebiet liegende Gemeinschaftshaus zu einer Feier aufmachte. In den Folgetagen war der BGS in Goslar und anderswo damit beschäftigt, immer wieder zahlreiche Möglichkeiten des Grenzübertretts zu eröffnen sowie Geldtransporte, um die verschiedenen Rathäuser des Harzes mit Begrüßungsgeld auszustatten, zu begleiten und zu bewachen. In der Folgezeit wurde der BGS sogar zu Verkehrsregelungen im Landkreis herangezogen, da die DDR-Bürger ihre Reisefreiheit zu Einkaufstouren

in die nahe gelegenen Ortschaften Bad Harzburg oder Goslar nutzten, in denen einige Discounter 24 Stunden geöffnet hatten.

Im Anschluss beruhigte sich die Lage ein wenig. In Absprache mit der DDR erfolgte die Einrichtung fester Grenzübergangsstellen. Diese wurden durch den BGS behelfsweise mit Containern, Dixi-Toiletten und anderem Bedarf zur Grenzkontrolle ausgestattet und im Schichtdienst aus der Goslarer BGS-Abteilung rund um die Uhr betrieben. Dabei kam es auch zu zahlreichen Kontakten zu den DDR-Grenztruppen und einige von ihnen sind heute auch Angehörige der Bundespolizei.

Die Entwicklung ging jedoch, wie wir wissen, rasend schnell weiter und nach der Währungsunion am 1. Juli 1990 wurde durch die Verhandlungspartner des Einigungsvertrages die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf den 3. Oktober 1990 terminiert.

Dies bedeutete für den Bundesgrenzschutz einen bisher noch nie dagewesenen Einsatz. Bereits am 2. Oktober verlegten wir mit unserer Einsatzhundertschaft mit kompletter Ausrüstung und Bewaffnung nach Basdorf bei Berlin und fuhren dabei durch ein für uns noch fremdes Hoheitsgebiet; – ein komisches Gefühl überbekam mich, als wir so die Grenzübergangsstelle in Helmstedt-Marienborn passierten. Die Fahrt verlief jedoch völlig unspektakulär und wir trafen in den Nachmittagsstunden in der Kaserne in Basdorf ein. In dieser war eine dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) unterstehende Einheit des Wachregiments „Feliks Dzierzynski“, welches u. a. für die Bewachung der für die DDR-Partei- und Staatsführung errichteten Wandlitzer Waldsiedlung zuständig war, untergebracht. Den Angehörigen dieses Wachregimentes hatte man erst wenige Stunden vorher gekündigt. Diese waren noch beim Ausräumen



**Beschreibt in persönlicher und beeindruckender Weise zum 25-jährigen Jubiläum der Wiedervereinigung seine Erlebnisse und Empfindungen: Unser GdP-Vorstandsmitglied Martin Schilff.**

**Foto: F. Radke**

in den Unterkunftsgebäuden und „not amused“, als wir nun mit unseren Fahrzeugen einer gesamten BGS-Abteilung auf dem Anretrieplatz, von ihnen wahrscheinlich gefühlt als „Besitzer“ wahrgenommen, auffuhren. So mancher Stuhl und andere Einrichtungs- oder Ausrüstungsgegenstände wurden deshalb nicht auf normalem Weg ausgeräumt, sondern durch das Fenster auf den Mittelhof „entsorgt“. Als die Unterkunftsgebäude schließlich dann von den nun arbeitslosen Soldaten geräumt waren, boten sie zum Teil auch einen desolaten Anblick; – kaum zu glauben, wenn man sich heute die auf dem Gelände befindliche Brandenburger Polizeischule betrachtet. Nach dem Einzug in die Stuben, in die heute mit Sicherheit keine Einheit der Bundespolizei mehr einziehen müsste oder würde, ging es in einen für uns auch bisher noch nie gesehenen Kinosaal zur Befehlsausgabe. Wir hatten von

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

der Berliner Polizeiführung den Auftrag, die für den nächsten Tag geplante Feierlichkeit am Reichstag zu schützen.

Am nächsten Morgen, nach einem gewöhnungsbedürftigen Frühstück mit „Alu-Besteck“, ging es dann zum Reichstag. Es war schon ein erhebendes und tolles Gefühl, vor diesem Gebäude zu stehen. Auf der Rückseite wurde unsere Hundertschafts-Befehlsstelle errichtet. Der Plan unseres Abteilungsführers bestand darin, durch Absperrung mit Hamburger Gittern, den Reichstag und die für die Besucher vorgesehene Wiese gegen weiteren Zulauf aus Richtung des

Brandenburger Tors, das damals noch ohne angrenzende Bauten völlig frei stand, zu schützen. Es kam der Abend und die Veranstaltung begann. Die Zeremonie mit den Reden wurde auf der Freitreppe des Reichstags durchgeführt. Die Wiese vor dem Reichstag war völlig überfüllt. Der Druck der Menschenmassen aus Richtung Brandenburger Tor nahm immer mehr zu. Schließlich waren die Absperrungen mit den Hamburger Gittern nicht mehr zu halten und es hätte von den immer mehr nachrückenden Menschenmassen mindestens Verletzte gegeben. Nun galt es, wenigstens einen verletzungsfreien Ablauf zu garantieren und die teilnehmende Prominenz zu schützen. Dies gelang zumindest und es war für mich ein persönlich sehr beeindruckendes Gefühl, Willy Brandt mit meiner Gruppe von der Treppe vor dem Reichstag bis zu den hinter dem Reichstag abgestellten Fahrzeugkolonnen zu geleiten und ich konnte dabei erfahren, wie viel ihm dieser Tag der Wiedervereinigung bedeutete. Andere Politiker und Prominente waren froh, dass wir ihnen als BGS Schutz boten. So z. B. auch Thomas Gottschalk, der sich als ZDF-Berichterstatler freute, in unserem Befehlskraftwagen Kaffee trinken zu dürfen ...

Die Feierlichkeiten endeten glücklicherweise ohne Verletzte und große Störungen. Wenn man die verschiedenen Fernsehrückblicke sieht, grenzt dies an ein Wunder. Tief in der Nacht durften wir wieder unsere „Luxusherberge“ in Basdorf aufsu-

chen, um dort für den Folgeauftrag zu ruhen. Dieser lautete: Schutz der Stadt Berlin zu der für den 4. Oktober 1990 angemeldeten Demonstration: „Halts Maul Deutschland“, bei der auch zahlreiche Angehörige des „schwarzen Blocks“ aus Westdeutschland erwartet wurden. Meine Hundertschaft hatte dabei den Auftrag, die Ostberliner Kongresshalle am Alexanderplatz zu schützen, die von gewalttätigen Demonstranten „entglast“ werden sollte. Glücklicherweise hatten wir unsere Fahrzeuge, die damals schon mit Lexanverglasung ausgestattet waren, als „Wagenburg“ aufgefahren, denn nachdem wir einen Steinerwerfer aus der Menge hinter unsere Polizeikette verbracht hatten, hagelte es Molotowcocktails und Wurfgeschosse und nur durch das Zurückziehen hinter die Fahrzeuge gab es – ebenfalls wie durch ein Wunder – keine Verletzten. Der Einsatz verlangte uns jedoch alles ab, zumal durch fehlende Ortskenntnis unsererseits es Störern immer wieder gelang, die zahlreichen U-Bahn-Ein- und -Ausgänge am Alexanderplatz zur Flucht und zum plötzlichen Wiederauftauchen zu nutzen.

**Für uns alle – und für mich persönlich – bleibt dieser Einsatz einzigartig und unvergessen. Ich bin sehr froh und dankbar, dass die Wiedervereinigung unserer beiden deutschen Staaten vor nunmehr 25 Jahren erfolgte und ich dadurch viele neue Freunde – auch im Kollegenkreis – gewinnen durfte, die ich ansonsten vermutlich nie kennengelernt hätte.**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

**Geschäftsstelle:**  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-555

**Redaktion:**  
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-5 55  
Internet: [www.gdp-bundespolizei.de](http://www.gdp-bundespolizei.de)  
E-Mail: [info@gdp-bundespolizei.de](mailto:info@gdp-bundespolizei.de)  
Martin Schmitt  
Mobil (01 72) 8 99 05 23  
E-Mail: [schmitt-karlstein@freenet.de](mailto:schmitt-karlstein@freenet.de)

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37  
vom 1. Januar 2015  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

## ARBEITSZEITFRAGEN? – GdP FRAGEN!

**M**itgliederbefragung der  
**Gewerkschaft der Polizei**  
**(GdP): 39-Stunden-Woche,**  
**Urlaubsplanung und familienfreund-**  
**lichere Arbeitszeiten heißen die**  
**„Spitzenreiter“.**

Während des Zeitraums von Mai bis Juli 2015 hatten alle GdP-Mitglieder die Möglichkeit an einer Onlinebefragung zur Arbeitszeit teilzunehmen. Mit dieser Befragung wollten wir ermitteln, was für euch als Beschäftigte der Bundespolizei, des Zolls oder des Bundesamtes für Güterverkehr (BAG) in Sachen Arbeitszeit zukünftig die wichtigsten gewerkschaftspolitischen Forderungen darstellen.

Dank einer überwältigenden Teilnahme erhielten wir umfangreiches Datenmaterial und nutzten die Zeit seit Anfang August intensiv, um die Ergebnisse zu berechnen und die Daten zu interpretieren. Wir sind mit der Bewertung der Ergebnisse, vor allem mit der Formulierung der Ziele, die sich aus den Untersuchungsergebnissen ergeben, zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe unseres Bezirksjournals noch nicht abschließend fertig. – Dazu sind die Datenmengen einfach zu groß.

Aber einige Ergebnisse liegen bereits vor: Die Wiedereinführung der 39-Stunden-Woche für alle Beschäftigten wird von ca. 82% der befragten Kolleginnen und Kollegen als das



## ARBEITSZEITFRAGEN? – GdP FRAGEN!

wichtigste Thema angesehen. Die Themen Urlaubsplan- und familienfreundliche Arbeitszeitgestaltungen folgen auf den Plätzen zwei und drei.

Eigentlich, so könnte man meinen, kein allzu überraschendes Ergebnis. Wir wollen unsere Arbeit und unser Familienleben gut miteinander verbinden können. Dazu zählt eine Wochenarbeitszeit, die es uns ermöglicht, ausreichend Zeit mit unseren Partnerinnen und Partnern sowie unseren Kindern zu verbringen. Durch die Ausweitung der Arbeitszeit ist die Zeit für Hobbys, Freunde und Familie einfach knapper geworden. Die notwendige wöchentliche Erholung oder die Pflege sozialer Kontakte bleiben auf der Strecke. In der Folge leiden daran unsere Gesundheit und unsere Leistungsfähigkeit.

„Dann wenigstens unseren Urlaub genießen und mit den Lieben eine richtig gute Zeit verbringen“, so oder so

ähnlich könnten die ca. 92,5% gedacht haben, für die eine solide und belastbare Urlaubsplanung wichtig (ca. 74,5%) oder eher wichtig (ca. 18%) ist. Schon mit der rechtzeitigen und fairen Abstimmung über die Urlaubszeiten und einer zügig hergestellten Verbindlichkeit fängt die Erholung ja bereits schon an. Nur so hat man die Möglichkeit, mit den beteiligten Partnern den Urlaubstermin abzustimmen und rechtzeitig die passende Reise zu buchen.

Zu den beiden Themen auf den vorderen Plätzen passt der Wunsch nach familienfreundlicher Arbeitszeitplanung, der am dritthäufigsten angekreuzt wurde. Diese halten ca. 72,6% für wichtig und weitere ca. 17,5% für eher wichtig.

Hierzu gibt es von der GdP schon eine Menge Ideen. Weitere werden wir, nicht zuletzt auch aufgrund der anderen Befragungsergebnisse ent-



wickeln und in unserem Bezirksjournal bzw. im Internet vorstellen.

Da die Darstellung der gesamten Untersuchungsergebnisse den Rahmen unseres Printmediums „Deutsche Polizei“ sprengt, werden wir die kompletten Untersuchungsergebnisse auf unserer Webseite: [www.gdp.bundespolizei.de](http://www.gdp.bundespolizei.de) am 15. Oktober 2015 veröffentlichen.

HK

## KREISGRUPPE PIRNA

**Während des Zeitraums vom 30. Juni bis zum 1. Juli 2015 fand in Tisa (CZ) die diesjährige gewerkschaftliche Arbeitstagung der Vertrauensleute der Kreisgruppe Pirna (Foto) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) statt.**

In reizvoller Umgebung der Böhmischeschweiz und entspannter Atmosphäre wurden gewerkschaftliche Aktualitäten, Neuigkeiten, Pro und Contra zu unterschiedlichen Argumenten und zukunftsorientierte Verbesserungen in der Gewerkschaftsarbeit vorgestellt sowie angeregt mit den GdP-Vertrauensleuten ausgetauscht und diskutiert. Wie wichtig die gemeinsame Gewerkschaftsarbeit ist, zeigte uns auch der Besuch unseres GdP-Bezirksvorsitzenden, Jörg Radek. Er machte in seinem Vortrag deutlich, dass ohne die GdP viele Erfolge nicht möglich gewesen wären, wir uns aber nicht darauf ausruhen, sondern auch weiterhin für die berechtigten Anliegen der Beschäftigten in der Bundespolizei kämpfen müssen. In gemeinsamer abendlicher Runde, bestens zum leiblichem Wohl versorgt, erfolgten weitergehende Erörterungen zu unseren zukünftigen GdP-



Foto: GdP

Themen. Rundum handelte es sich hierbei um eine gelungene Veranstaltung. – Ein besonderer Dank ergeht deshalb auch nochmals auf diesem Weg an das Organisationsteam um

Ina Völkel und Sven Förster für die hervorragende Ausgestaltung der Tagung.

**Ilka Liebscher,**  
GdP-Kreisgruppe Pirna

## NACHRUF

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

### Michael Merck

der am 22. August 2015 im Alter von 58 Jahren plötzlich und unerwartet verstarb. Wir trauern um einen engagierten und beliebten Kollegen. Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Hinterbliebenen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Roland Voss – für die GdP-Kreisgruppe Saarland**



**WICHTIGE ARBEITSZEITINFORMATIONEN**

**Oftmals gebieten es unterschiedliche Lebensphasen, die Arbeitszeit zu ändern bzw. zu flexibilisieren. Neben der Betreuung von Kindern wird auch die Pflege von Angehörigen ein immer wichtigeres Thema. Teilzeit für die Familiensorge, Altersteilzeit oder auch längerfristige Freistellungen sind Formen, bei denen von ursprünglichen Arbeitsbedingungen abgewichen wird.**



Als Teilzeit gilt jede Teilnahme am Berufsleben, die unter der Vollzeitbeschäftigung (41/40 Stunden bei Beamten sowie 39 Stunden bei Tarifbeschäftigten) liegt. Sie stellt eine Ausnahme des verfassungsrechtlich normierten Leitbildes des Berufsbeamtentums dar. Dieses geht von hauptberuflich tätigen, auf Lebenszeit beschäftigten und voll alimentierten Beamten aus. Erst im Jahre 1997 mit dem Dienstrechtsreformgesetz wurde sowohl im Beamten- als auch im öffentlichem Tarifrecht (TVöD) aufgrund der staatlichen Schutzpflicht auch für die Ehe und Familie (Art. 6 GG) und der veränderter Arbeitswelt Rechnung getragen.

Nach § 15 Bundesgleichstellungsgesetz (BGleiG) haben die Dienststellen Arbeitszeiten und sonstige Rahmenbedingungen anzubieten, die

Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Berufstätigkeit erleichtern, soweit zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Nach § 16 I BGleiG gilt dies ausdrücklich auch für Stellen mit Vorgesetzten- und Leitungsaufgaben. Neu in diesem Zusammenhang ist das Familienpflegezeitgesetz, das nunmehr Regelungen enthält, um Beschäftigten und Beamten auch für den Fall der Pflege naher Angehöriger eine Möglichkeit zu eröffnen, ohne große Probleme bis zu zwei Jahre ihre Arbeitszeit unter vereinfachten Bedingungen zu flexibilisieren. Teilzeit kann in jeder Form nur auf Antrag bewilligt werden.

Für Beamte kommt sie einmal in Form des allgemeinen Teilzeitanpruchs nach § 91 I Bundesbeamten-gesetz (BBG) in Betracht. Dieser Anspruch ist voraussetzungslos. Eine Begründung muss der Antragsteller daher nicht angeben. Dafür muss in diesem Fall jedoch mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit geleistet werden. Eine zeitliche Begrenzung besteht ebenfalls nicht. Abgelehnt werden kann der Antrag nur, wenn „dienstliche Belange entgegenstehen“. Bei den Tarifbeschäftigten gibt es insoweit die Besonderheiten, dass das Arbeitsverhältnis mehr als sechs Monate bestehen und der Antrag spätestens drei Monate vor dem gewünschten Starttermin eingereicht werden muss. Im Gegenzug ist die Dienststelle jedoch im Falle einer Ablehnung verpflichtet, diese einen Monat vor dem Wunschtermin mitzuteilen, da es ansonsten zur automatischen Reduzierung der zu leistenden Arbeitszeit (§ 8 Teilzeit- und Befristungsgesetz) kommt. Einerseits an Voraussetzungen geknüpft, aber dafür auch schwerer seitens der Dienststelle abzulehnen, ist die familienbedingte Teilzeitbeschäftigung nach § 92 I BBG bzw. § 11 TVöD. Dieser Teilzeitan-spruch besteht, wenn ein Kind unter 18 Jahren im Haushalt lebt oder pflegebedürftige Angehörige betreut oder gepflegt werden müssen. Im Falle der familienbedingten Teilzeit kann ein Antrag nur abgelehnt werden, wenn zwingende dienstliche Belange bzw. dringende betriebliche Belange entgegenstehen. Hier kann die Arbeitszeit auch weniger als die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit betragen. Auch muss die Anstellung im Tarifbereich nicht bereits sechs Monate bestehen. Befristet ist der An-

trag jedoch im Tarifbereich auf fünf Jahre. Im Beamtenbereich gibt es eine zeitliche Höchstgrenze von 15 Jahren, wobei auch Beurlaubungszeiten ohne Besoldung angerechnet werden. Eine Teilzeitbeschäftigung ist auch während der Elternzeit möglich, wobei zu beachten ist, dass die erarbeiteten Beträge auf das Elterngeld angerechnet werden können. Neu ist die Familienpflegezeit, die für eine Länge von 48 Monaten bewilligt werden kann. Ein Rechtsanspruch besteht jedoch nicht.

Die Familienpflegezeit gliedert sich in zwei Phasen. In der sog. Pflegephase kann die wöchentliche Arbeitszeit bis auf 15 Stunden reduziert werden. Sie beträgt höchstens 24 Monate. In dieser Zeit wird ein Vorschuss gewährt, der in der ebenso langen sog. Nachpflegephase verrechnet wird. In der Nachpflegephase wird die Arbeitszeit wieder erhöht und der Vorschuss verrechnet (§ 92a BBG, §§ 6 ff. BBesG, §§ 2 ff. Familienpflegezeitgesetz). Der Vorschuss beträgt 47% der Differenz zwischen den Dienstbezügen vor Beginn der Pflegephase und den Dienstbezügen während der Pflegephase. Begrüßenswert sind diese Formen der Teilzeitbeschäftigungen auf alle Fälle. Problematisch erscheint jedoch die zeitliche Begrenzung der Familienpflegezeit, da zu Beginn einer Pflegebedürftigkeit nicht feststeht, wann diese endet.

Eine weitere Form der Teilzeit ist die Altersteilzeit. Sie soll den Beamten den Übergang in den Ruhestand erleichtern. Gerade im Moment kommt diese vermehrt zum Aufruf, sodass insbesondere Kollegen aus dem mittleren Dienst ihren Eintritt in den Ruhestand hinausschieben. – Gegen dieses politische Vorhaben wendet sich die GdP jedoch ausdrücklich, da diese Art der Personalwirtschaft nicht nur einzelne Beamte unter Druck setzt und die bisherige Leistung nicht ausreichend würdigt, sondern die Verantwortlichen sich so auch davor drücken, eine zukunftsorientierte Personalplanung vorzunehmen.

Die Teilzeitbeschäftigung hat nicht nur die alleinige Änderung der Arbeitszeit als Folge, sondern auch beamten-, arbeits-, versorgungs- und rentenrechtliche Folgen. Zunächst werden die Bezüge/das Gehalt gekürzt. Darunter fallen das Grundgehalt, ggfs. Familienzuschläge, etwaige Zulagen und Vergütungen sowie Auslandsdienstbezüge beim Beam-



## WICHTIGE ARBEITSZEITINFORMATIONEN

ten. Das Kindergeld als Anspruch des Kindes selbstverständlich nicht. Bei den Erfahrungsstufen werden Zeiten der Teilzeitbeschäftigung genauso berücksichtigt wie die Vollzeitbeschäftigung. Das Gleiche gilt für das Laufbahnrecht und somit auch für Probezeiten, wobei diese im Einzelfall verlängert werden kann, wenn die Eignung wegen der Teilzeitbeschäftigung nicht festgestellt werden kann; wobei auch hier zeitliche Grenzen gesetzt wurden. Für die beamtenrechtliche Versorgung werden die Zeiten nur arbeitszeitanteilig als ruhegehaltfähige Dienstzeit berechnet. Kinderbezogene Zuschläge unterliegen besonderen Verfahren. Die Beihilfe bleibt den Teilzeitbeschäftigten erhalten und die Mindestversorgung darf nicht unterschritten werden. Beim Erholungsurlaub stehen dem Teilzeitbeschäftigten bei einer Verteilung der Arbeitszeit auf fünf Tage genauso viele Urlaubstage wie dem Vollzeitbeschäftigten zu. An-

dernfalls wird entsprechend der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit umgerechnet. Zu beachten gilt, dass der in Vollzeit erworbene Urlaub nicht im Nachhinein gekürzt werden darf. Eine Ausnahme besteht nur dann, wenn der Berechtigte den Urlaub zuvor trotz bestehender Möglichkeit und Aufforderung nicht genommen hat. Ins Verhältnis werden so auch Zeiten von Mehrarbeit gesetzt. Dies bedeutet, dass bei einer Teilzeitbeschäftigung mit 50% bereits ab 2,5 Stunden mehr Mehrarbeit vorliegt. Für die Nebentätigkeit gelten die gleichen Regeln wie für die Vollzeitbeschäftigung, wobei bei einer zweckgebundenen Teilzeit die Nebentätigkeit den Zweck der Teilzeit nicht zuwiderlaufen darf. Für Tarifbeschäftigte bestehen noch weitere (positive) Sonderregelungen bzgl. Jubiläumsgelder oder Sonderzahlungen. Wichtig ist, dass während der Teilzeitbeschäftigung ein besonderer Kündigungsschutz herrscht, durch

welchen kein Zwang zum Wechsel entstehen darf. Durch die Etablierung der Teilzeit im öffentlichen Sektor wurde auf den demografischen Wandel reagiert, aber auch die Notwendigkeit erkannt, sich als Arbeitgeber attraktiv zu machen. Durch das generelle Benachteiligungsverbot wird gesetzlich festgeschrieben, dass die geleistete Arbeit genauso als vollwertig zu beurteilen ist wie die Ableistung der als Vollzeit beschriebenen Stundenanzahl. Der Arbeitgeber Bund hat erkannt, dass das Eingehen auf die Beschäftigten in veränderten Lebensphasen – und damit die Wertschätzung – nicht nur dem Schutzgedanken Rechnung trägt, sondern vielmehr auch eine stärkere Bindung an den Arbeitsplatz schafft. Wertschätzung und ein Entgegenkommen pflegen und prägen jedes Miteinander, was der Dienstherr sich auch bei anderen Fragen der Arbeitszeit und Arbeitsentlohnung hin und wieder bewusst machen sollte. **SK**

## POLITISCHE GESPRÄCHE

**Kreisgruppe (KG) Bundesfinanzpolizei Rhein-Hessen-Saar der Gewerkschaft der Polizei (GdP) stellt die Weichen für die Zukunft ...**

Einen kurzfristig vereinbarten Gesprächstermin mit dem Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz (SPD), zur Thematik der Eilzuständigkeit für die Vollzugsbeamten der Bundeszollverwaltung, nutzte der scheidende KG-Vorsitzende Robert Gensmann auch, um dem Minis-



Die Teilnehmer des kurzfristig in Koblenz anberaumten Gesprächs (v. l. n. r.): Delio Bocchini, Roger Lewentz, Oliver Heller sowie Robert Gensmann. Foto: GdP

## FEHLERTEUFEL

In der Ausgabe 9/2015 unseres Bezirksjournals berichteten wir auf Seite 6 unter der Rubrik „Engagement und Spaß dabei“ zum Kinder- und Familienfest der Kreisgruppe (KG) Potsdam der Gewerkschaft der Polizei (GdP). In die Bildunterschrift zu diesem Artikel schlich sich beim Abdruck des Namens unseres KG-Vorsitzenden der Fehler-teufel ein. Unser Potsdamer GdP-Chef heißt: Herfried Lankhorst. – Wir entschuldigen uns für diesen Fauxpas. **Das Redaktionsteam**

ter unseren Kollegen Delio Bocchini als seinen designierten Nachfolger für den Vorsitz in der GdP-Kreisgruppe vorzustellen. Mit den Worten: „Lieber Roger, ich danke dir für die Möglichkeit, uns so kurzfristig zu treffen. Wir beide kennen uns schon lange und ich kenne deine Einschätzung zu dem Thema. Mir ist es wichtig, dich auch mit dem Kollegen Delio Bocchini bekannt zu machen, der in Zukunft die Belange der GdP für die Kreisgruppe Rhein-Hessen-Saar vertreten wird“, positionierte sich Robert Gensmann eindeutig für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im Zoll. In netter Gesprächsatmosphäre

bestand durchaus Einvernehmen bei allen Beteiligten, dass sich eine bundeseinheitliche Regelung über das Bundespolizeibeamtengesetz als die beste Lösung des Problems darstellen würde. Der Vorsitzende der GdP-Ortsgruppe des Zollfahndungsamtes Frankfurt/Main, Oliver Heller, der ebenfalls an dem Termin teilnahm, da seine Dienststelle – trotz Dienstsitz in Hessen – auch für die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland zuständig ist, zeigte sich ebenfalls erfreut zur Aussage des Ministers, sich im Herbst dieses Jahres in diesem Kreis erneut zu treffen, um die Thematik ausführlicher zu erörtern. **RG**



**POLITISCHE GESPRÄCHE**

**Bundestagsabgeordnete auf Einladung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu Gast am Münchner Flughafen ...**

Auf Einladung der Kreisgruppe Flughafen München sowie der dortigen JUNGEN GRUPPE des GdP-Bezirks Bundespolizei trafen sich Ende Juli 2015 die Bundestagsabgeordneten Stephan Mayer (CSU sowie innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion) und Dr. Andreas Lenz (CSU, Wahlkreis Erding) mit Vertretern der GdP. Auch der Dienststellenleiter der Bundespolizeiinspektion (BPOLI) Flughafen München, Peter Horst, nahm an

dieser Veranstaltung teil. Nach Einführung in die Veranstaltung stellte der Dienststellenleiter die BPOLI Flughafen München vor. Im Anschluss sprachen die GdP-Verantwortlichen aktuelle Themen zur geforderten Werbe- und Einstellungspraxis, zur Steigerung der Attraktivität – im Speziellen in den teuren Ballungszentren – der Bundespolizei an. Nicht nur, dass ein Polizeiwohnheim von Vorteil wäre, sondern auch eine Zulage, welche die hohen finanziellen Belastungen unserer Kolleginnen und Kollegen mildern hilft. Die Abgeordneten zeigten sich gerade für den Bau eines Polizeiwohnheims für Bundespolizistinnen und -polizisten äußerst aufgeschlossen.

Insbesondere der Vertreter der JUNGEN GRUPPE machte deutlich, dass Lösungen in verschiedenen Säulen erfolgen müssen. Steigerungspotenzial zur Attraktivität besteht auch zu Möglichkeiten verkürzter Aufstiegsverfahren. Das Programm zum Abbau des Beförderungsstaus wird auch im kommenden Haushalt fortgeführt und führte im aktuellen Haushalt gerade auch zu Entlastungen im mittleren Dienst. Im Weiteren wurde die wünschenswerte Nutzung einer eigenen Raumschießanlage am Flughafen München thematisiert. Auch hier wurde deutlich gemacht, dass sowohl die langen Anfahrtszeiten, als auch die hohen Kosten zur Anmietung von privaten Raumschießanlagen ökonomisch zweifelhaft sind. – Alle Problemstellungen wurden durch die Mitglieder des Bundestages aufgenommen und sie bedankten sich für den Einsatz der Kolleginnen und Kollegen, welche gerade in der heutigen Zeit einen großen Beitrag zur inneren Sicherheit leisten. Es wurde weiter vereinbart, dass zu verschiedenen Themen ein weiterer Gedanken- und Informationsaustausch zeitnah stattfinden wird. Weiteres ist auch auf den Internetseiten des GdP-Bezirks Bundespolizei, der GdP-Direktionsgruppe München sowie der GdP-Kreisgruppe München Flughafen nachzulesen.



**Ausgiebige Erörterungen führten u. a. (v.l.n.r.): Peter Horst, Jörg Radek (GdP-Bezirksvorsitzender), Stephan Mayer sowie Dr. Andreas Lenz.** **Foto: GdP**

**AU**

**GEEHRT**



**Foto: GdP**

**Danke für 40 Jahre in der Gewerkschaft der Polizei (GdP). – Ehrung in Wrist kommt überraschend ...**

Mitte Juli 2015 ehrte der Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Küste, Michael Alka (rechts), und seine Stellvertreterin Grit Georg-Dechart im Rahmen eines Delegiertentags der Kreisgruppe unsere Kollegin Silvia Walther (links) für 40 Jahre Mitgliedschaft in der GdP mit Ehrenurkunde, Anstecknadel sowie einem Präsent. Sie war als Delegierte eingeladen und diese Ehrung traf sie völlig überraschend. Michael Alka übermittelte auch die Grüße unseres GdP-Bezirksvorsitzenden Jörg Radek. Er machte in seiner Ansprache auch deutlich, dass jedes Mitglied in einer Gewerkschaft wichtig ist, um gesteckte Ziele zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensumstände zu erreichen. Da-

bei ist es heute nicht mehr selbstverständlich, sich über so viele Jahre in einer Gewerkschaft zu organisieren. Die Jubilarin trat 1975 als Übertragungstechnikerin der Deutschen Bundespost bei und wechselte 1994 zum damaligen Bundesgrenzschutz. Sie verrichtete ihren Dienst in der Fernmeldezentrale des ehemaligen Bundesgrenzschutzpräsidiums Nord. In Bad Bramstedt arbeitete sie in verschiedenen Bereichen und ist aktuell im Stabsbereich 2 eingesetzt. Wir wünschen dir, liebe Silvia, Gesundheit und Wohlergehen und danken für dein Engagement und deine langjährige Treue. Dem Dank für die gewerkschaftliche Treue und den guten Wünschen schließen sich auf diesem Weg auch der Bezirksvorstand sowie das Redaktionsteam des Bezirksjournals ganz herzlich an. **Dirk Stoof**



## GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

**Zwei Auszubildende, nennen wir sie Lieschen Müller und Max Mustermann, trafen sich nach bestandener Ausbildung und unterhielten sich über die durchgeführte Prüfung zum Verwaltungsfachangestellten. Sie war anspruchsvoll und schwierig zugleich. Aber sie haben es geschafft.**

Lieschen Müller erzählte Max Mustermann, sie habe einen Prüfungsdurchschnitt von 1,3 erreicht. Max konnte dagegen nur mit einem Durchschnitt von 2,0 aufwarten. Beide sind jedoch mit ihren Ergebnissen zufrieden. Nach der Ausbildung hatten sie Glück und wurden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Max Mustermann im Bereich des Bundesministerium des Innern (BMI) und Lieschen Müller bei der Bundespolizei.

Eines Tages veröffentlichten beide Behörden, also das BMI und die Bundespolizei, Stellenausschreibungen, die zwischen Lieschen Müller und Max Mustermann zu einem regen Gedankenaustausch führten und folgende Fragestellungen nach sich zogen: Wie kann es sein, dass die Aufgabengebiete, obwohl gleich beschrieben und dargestellt, unter-

schiedliche tarifliche Bewertungen erhalten? Warum bewertet der Arbeitgeber BMI – im Gegensatz zum Arbeitgeber Bundespolizei – die Fremdsprachenkenntnisse Englisch und Französisch relativ schwach? – Hier herrscht ein Missverhältnis.

Warum sollen gut ausgebildete Beschäftigte in der Bundespolizei nur mit der Entgeltgruppe (EG) 3 „abgespeist“ werden? Wäre es dann nicht besser, zu einer anderen Behörde oder zur Kommune zu wechseln?

Da die Stellenausschreibung beim BMI nur für deren Beschäftigte ausgeschrieben wurde, hat kein Beschäftigter aus dem nachgeordneten Bereich des BMI, also auch nicht aus der Bundespolizei, die Möglichkeit, sich auf diesen Dienstposten zu bewerben.

„Das ist ungerecht und geradezu grotesk“, so Lieschen Müller und stellte Max Mustermann die Frage: „Wie hält es denn das BMI mit dem Art. 33 Abs. 2 unserer Verfassung?“, worauf Max etwas „hochnäsig“ mit den Worten: „Wir sind doch schließlich das BMI“, antwortete.

Im BMI ist die ausgeschriebene Stelle mit einer EG 8 und einer außertariflichen monatlichen Zulage (für die Dauer der Verwendung) in Höhe von 200 Euro dotiert. Dagegen ist die Stelle bei der Bundespolizei, trotz gleicher



**Welche Netze darf wer, mit welchem Ansatz überhaupt spannen? – Wir fordern gerade bei Ausschreibungen einen Zugang für alle.**

inhaltlicher Aufgaben und Anforderungen, nur mit der EG 3 bewertet. „Diese Ungleichbehandlung muss endlich ein Ende haben“, resümierten schließlich beide ehemaligen Auszubildenden. Sie verabredeten sich, zukünftig, genau wie ihre Vorfahren, sich für eine gerechte Bezahlung einzusetzen, getreu dem Motto: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.“ **PL**

## DIE BESTEN SIND IN DER GdP

Unser GdP-Kollege Marvin Meier (Bildmitte) freute sich über 12,37 Rangpunkte, die ihn als Lehrgangsbesten des 69. Studienjahrgangs auswiesen. Der 21-jährige gebürtige Harzer wird zukünftig an seiner Wunschdienststelle, der Bundespolizeiinspektion Kaiserslautern, seiner Verwendung nachgehen. Er verfolgt aber auch weiter seinen ursprünglichen Wunsch, später einmal als Pilot in der Bundespolizei tätig sein zu können. Bei der Ernennungsfeier – Ende August 2015 in der Musik- und Kongresshalle der Hansestadt Lübeck – gratulierten ihm der stellvertretende Vorsitzende des Bezirks Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Rüdiger Maas (links), der auch als GdP-Chef in Lübeck Verantwortung trägt, als auch das Mitglied des Bundestages, Gabriele Hiller-Ohm (rechts), ganz herzlich. 1100 Gäste verfolgten die Feierlichkeiten und gratulierten den 272

Absolventinnen und Absolventen zu ihrer Leistung. Zum Abschluss der Veranstaltung hielt der Lehrgangssprecher André Micklich eine kurze Ansprache, in der er dem Ausbildungspersonal ausdrücklich Dank aussprach. Anschließend sorgte er für ein Novum; er musizierte gemeinsam mit dem Bundespolizei-Orchester Berlin und das Stück „Highland Cathedral“ führte zu Begeisterungstürmen. Resümierend stellte die Abgeordnete Hiller-Ohm fest, dass es sich dabei um eine unvergessliche und würdige Feierlichkeit handelte und sie sich schon sehr auf das kommende Jahr freue. So wünschen wir Marvin Meier und allen anderen Kolleginnen und Kollegen, die das Studium erfolgreich abgeschlossen haben, alles Gute, Erfolg in den zukünftigen Verwendungen und entrichten auf diesem Weg nochmals die allerherzlichsten Glückwünsche eurer GdP. **RM**



Foto: GdP



**ENGAGEMENT**

**Eröffnung der Zivilcourage-Plakatausstellung aus Goslar im Sportpark in Glinde und Auszeichnung von Respektcoach Lothar Kannenberg durch das Team der Goslarer Zivilcouragekampagne (GZK).**



**Dieses besondere gesellschaftspolitische Engagement kann sich der Unterstützung der GdP sicher sein. Unser Bild zeigt (v. l. n. r.): Günter Koschig, Dieter Montag, Bintou Schmill, Fadi Saad, Lothar Kannenberg.**

**Foto: GK**

Bei der gelungenen Auftaktveranstaltung der Akademie Lothar Kannenberg in der Elbesporthalle in Glinde bei Magdeburg konnten Günter Koschig, Lothar Niemann und Fadi Saad vom GZK-Team sowie Dieter Montag vom WEISSEN RING Sachsen-Anhalt dem Respektcoach Lothar Kannenberg das neue GZK-Aktionsplakat – durch die Aktionsfotografin Heike Göttert und den Grafikdesigner Thomas Velte gestaltet – überreichen. Das Statement lautet: „Tu was, jede Sekunde zählt!“ – Wenn es um Zivilcourage und Gewaltprävention geht, ist der Respektcoach seit vielen Jahren Unterstützer des WEISSEN RINGS. „Viele junge Täter waren früher selbst Opfer; da setzen wir

mit unserem Programm: ‚Erziehung durch Sport‘ bei zurzeit 200 Jugendlichen aus unterschiedlichen Nationen an“, so Kannenberg. Jetzt wirbt er und sein Team in der Elbesporthalle mit einer GZK-Ausstellung sowie bundesweit mit 5000 GZK-Postkarten zum „Hinsehen, Handeln, Helfen“. In ihren Redebeiträgen warben Buchautor Fadi Saad aus Berlin, Günter Rink als Vorsitzender der Direktionsgruppe Mitteldeutschland der Gewerkschaft der Polizei, und Projektleiter Günter Koschig u. a. für den Notruf der Polizei und bedankten sich beim „Leuchtturm“ Lothar Kannenberg für dessen großes Engagement mit dem Schutzengelcartoon der GZK. Die amtierende Europameisterin im Boxen, Bintou Schmill, die als Pädagogin ebenfalls zur Akademie Kannenberg gehört, verzauberte das Publikum mit einer Modenschau und ihrem eindrucksvollen Gesang, ehe sie mit ihrem Europameistergürtel vor die Kameras trat, um gemeinsam für Zivilcourage und Empathie für Opfer zu werben.

**GK**

**GdP VOR ORT**

**Vize-Kanzler Gabriel besuchte die Bundespolizeinspektion Frankfurt/Main.**

Diesmal stand nicht der Flughafen im Blickpunkt politischen Interesses; nein, gemeinsam mit Gewerkschaftschef Jörg Radek besuchte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel am 20. August 2015 die Bundespolizei am Frankfurter Hauptbahnhof, um sich vor Ort über die zunehmenden Belastungen für unsere Beschäftigten durch ankommende Flüchtlinge zu informieren. Zusammen mit Jörg Schäfer vom Personalrat konnte der Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei dem Politiker die Erschwernisse für unsere Kolleginnen und Kollegen darstellen. Mit jedem ankommenden Zug mit Flüchtlingen werde die Belastungsgrenze jedoch zunehmend überschritten. Der Krankenstand ist gegenüber 2013 um 64% angestiegen. Dem Vize-Kanzler wurde verdeutlicht, dass anderenorts Reviere geschlossen werden müssen, um diese Schwerpunktdienststelle der Bundespolizeidirektion Koblenz (BPOLD KO) zu bedienen. Ein Umstand, der auch für andere Dienst-

stellen der Bundespolizei gilt. Sichtlich beeindruckt zeigte sich Sigmar Gabriel davon, dass wie anderswo an Bahnhöfen, Gebäudeteile in provisorische Unterkünfte verwandelt wer-

den, um den Menschen erste humanitäre Hilfe anzubieten. Das Kabinettsmitglied wird die Erkenntnisse in die weiteren Beratungen einfließen lassen.



**Information zur gestiegenen Zahl der unerlaubten Einreisen und deren Auswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung am Frankfurter Hauptbahnhof. Mit dabei und im engen Dialog (v. l. n. r.): Jörg Schäfer (Personalrat), Michael Schuol (ständiger Vertreter des Leiters der BPOLD KO), Sigmar Gabriel, Bernd Hellmann (stellvertretender Inspektionsleiter), Jörg Radek sowie Rüdiger Veit (MdB, SPD).**

**Foto: StSt ÖA BPOLD KO**

